

Kreistagsvorlage

Wahlperiode 2016-2021

Beschlussvorlage: XVIII/363

Sitzung am 23.09.2019

Tagesordnungspunkt: 13.4

Eingebracht von: SPD/Grüne/Linke.OL

Betreff:

SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Fraktion Die Linke.OL
Kreis Groß-Gerau als sicherer Hafen für Flüchtlinge

Sozialausschuss
Kreistag

17.09.2019
23.09.2019

öffentlich vorberatend
öffentlich beschließend

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Groß-Gerau stellt fest:

Die Situation auf dem Mittelmeer ist für flüchtende Menschen nach wie vor dramatisch. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren hat sich die Situation durch eine zunehmende Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung, immer wieder stattfindende Blockaden ziviler Rettungsschiffe und das Auslaufen der EU-Mission Sophia verschärft. Dazu kommen die anhaltenden und intensiven Kämpfe im Haupttransitland Libyen. Diese Entwicklung lässt einen deutlichen Anstieg der Zahl an Menschen befürchten, die auf ihrer Flucht über das Mittelmeer ertrinken. Seit dem Jahr 2014 sind mehr als 9.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken, im laufenden Jahr starben mindestens 569 Menschen.

Der Schiffsverkehr ist in der Such- und Rettungszone (SAR-Zone) vor der libyschen Küste fast vollständig zum Erliegen gekommen. Handelsschiffe umfahren die Zone, um Situationen zu vermeiden, in denen sie ihrer seemännischen Pflicht zur Hilfe für in Seenot Geratene in internationalen Gewässern nachkommen müssen. Notrufe werden von Handels- und Marineschiffen ignoriert. Auch von der durch EU-Mittel unterstützten sogenannten libyschen Küstenwache sind kaum Aktivitäten zur Rettung in Seenot geratener Menschen erkennbar. Regelmäßig versuchen staatliche Institutionen europäischer Staaten die notwendige Arbeit von Seenotretter*innen rechtswidrig zu blockieren.

Wir, die Mitglieder des Kreistags und Einwohner*innen des Kreises Groß-Gerau wollen flüchtende Menschen nicht ertrinken lassen! Wir verurteilen die zunehmende Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung und alle juristischen und politischen Initiativen, mit denen Aktivist*innen daran gehindert werden sollen, Menschen in Seenot vor dem Ertrinken zu retten. Wir fordern, dass den politischen Lippenbekenntnissen zur Bekämpfung der Fluchtursachen endlich auch konkrete politische Taten folgen! Denn wir empfinden die seit Jahren andauernde Situation auf dem Mittelmeer als nicht hinnehmbares Versagen der EU, das uns als Europäerinnen und Europäer mit großer Scham erfüllt.

Im gesamten Bundesgebiet haben sich Städte und Kommunen zu sicheren Häfen erklärt, um das migrationspolitische Versagen der Europäischen Union zu dokumentieren und dem unhaltbaren Zustand auf dem Mittelmeer im Rahmen ihrer Möglichkeiten entgegenzuwirken.

- Der Kreistag des Kreises Groß-Gerau fordert den Kreisausschuss auf, dass der Kreis Groß-Gerau sich dem bundesweiten Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ anschließt.
- Der Kreisausschuss wird beauftragt zu erklären, dass der Kreis Groß-Gerau Flüchtlinge zusätzlich zu dem vorhandenen Verteilungsschlüssel aufnimmt.
- Der Kreistag Groß-Gerau fordert die hessische Landesregierung auf, über eine Bundesratsinitiative zu einer Bund-Länder-Vereinbarung für eine direkte Aufnahme von aus Seenot Geretteten von Bord in die aufnahmewilligen Kommunen und Gemeinden zu kommen. Die Aufgenommenen sollen dabei rechtlich und finanziell gleichgestellt werden und den Zugang zu einem fairen, rechtsstaatlichen Asylverfahren erhalten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Groß-Gerau, 26.08.2019